

## Ein Volk diskutiert: Kuba und seine Verfassungsreform

Quelle: Granma, jungeWelt, RT/Maria Müller

Das kubanische Parlament hat Ende Juli den von einem Ausschuss vorbereiteten Entwurf für eine Verfassungsreform einstimmig verabschiedet. Die neue Verfassung soll Anfang kommenden Jahres die bisher gültige aus dem Jahr 1976 ablösen. Vom 13. August bis 15. November ist die Bevölkerung aufgerufen, zu dem Verfassungsentwurf Stellung zu nehmen. Auf Tausenden Versammlungen im ganzen Land, in Fabriken, Universitäten, Stadtvierteln, Ämtern, Dörfern, Kasernen und Schulen studiert, diskutiert, kritisiert und korrigiert das kubanische Volk gemeinsam die neue Verfassung, was voraussichtlich zu Veränderungen des aktuell vorgelegten Textentwurfes führen wird. Für europäische Verhältnisse ist das eine völlig ungewöhnliche Erfahrung. Doch nicht zum ersten Mal gibt es solche partizipativen Prozesse auf der Insel. Auch die neuen Wirtschaftsrichtlinien wurden vor sieben Jahren in dieser Form auf den Weg gebracht.

Das Bemühen um einen Konsens in den großen Fragen der Gesellschaft schafft eine Grundlage für die innere Stabilität Kubas. Hier zeigt sich ein Unterschied zu den meisten westlichen Demokratien: Die direkte Volksbefragung ist bei großen Themen der parlamentarischen Entscheidung vorgeschaltet. Nach Ende des Diskussionsprozesses werden die Änderungsvorschläge gesammelt und von der Nationalen Kommission für die Verfassungsreform in den Verfassungsentwurf eingearbeitet. Der abgeänderte Entwurf wird in der Nationalversammlung neuerlich diskutiert und darüber abgestimmt. Schließlich wird die neue Verfassung voraussichtlich im Februar 2019 in einem Referendum zur Abstimmung gebracht. Die neue Verfassung tritt in Kraft, wenn zwei Drittel der Abgeordneten im Parlament und die Mehrheit der Bürger in einem Volksentscheid dafür stimmen.

### Kollektive Führung an der Staatsspitze

Wenn man sich in die 30-seitige, groß-



formatige Verfassungszeitung vertieft, hat man den Eindruck, dass hier ein moderner demokratischer Staat mit den auch uns bekannten Rechtsgarantien geplant wird. Man will desweiteren Elemente der Privatwirtschaft und des Privateigentums einführen und gleichzeitig die Exzesse des Raubkapitalismus verhindern. (Art. 20 ff.)

An der Staatsspitze sind bedeutende Veränderungen vorgesehen. Bisher war der Staatspräsident gleichzeitig Vorsitzender des Ministerrates und des Staatsrates. Nun wird es einen Staatspräsidenten geben, einen Premierminister und einen Präsidenten des Staatsrates und des Parlaments. Man nimmt an, dass der Staatspräsident mehr Macht haben wird als beispielsweise der Ministerpräsident, der für die tägliche Regierungsarbeit zuständig sein soll. Außerdem können politische Mandatsträger nur noch für zwei fünfjährige Amtsperioden gewählt werden.

### Eigentumsformen werden neu geregelt

Im Text werden Formen des Eigentums benannt: das Staatseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln (Staatsbetriebe), die Kooperativen und ihr Gemeinschaftsbesitz, gemischter Privatbesitz (privat-staatlich oder kubanisch-international); Eigentum von Gewerk-

schaften und Massenorganisationen; Privatbesitz in speziellen Bereichen (Landwirtschaft, Dienstleistungen); persönliches Eigentum an Häusern, Fahrzeugen, Land und anderen Gütern; wobei es keine extreme Konzentration an Besitztümern geben soll, weil es dem Grundgedanken der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit widersprechen würde.

Zum Gemeineigentum heißt es in Artikel 23: Das sozialistische Eigentum des Volkes erstreckt sich auf alles Land mit Ausnahme der oben genannten Eigentumsformen; vor allem auf die Bodenschätze und deren Förderanlagen, auf die natürlichen Ressourcen, Wälder, Wasser und auf das Straßennetz.

Der Grundbesitz wird in Artikel 29 speziell reguliert: Sein Verkauf oder die Weitergabe unterliegt bestimmten gesetzlichen Regeln; Land darf weder vermietet noch verpachtet, auch nicht für Hypotheken oder sonstige Aktionen verwendet werden, die Auflagen oder Besteuerungen nach sich ziehen. Der Boden- und Immobilienspekulation wird eine Grenze gesetzt; der Boden soll produktiv verwendet werden, vor allem für die Landwirtschaft.

Ein Punkt fiel mir auf: "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" heißt es da. Dafür kämpfen die Frauen im Westen seit



über hundert Jahren - vergeblich! In Kubas Politik spielen Frauen eine starke Rolle, sie nehmen im Parlament 53 Prozent der Sitze ein. Der sozialistische Inselstaat nimmt in Sachen Frauenbeteiligung damit weltweit einen der Spitzenränge ein.

Die Rechte sexueller Minderheiten sollen ebenfalls in die Verfassung einfließen. Jede Form von rassistischer, religiöser oder politischer Diskriminierung ist verboten. Innerfamiliäre Gewalt ist strafbar. Die Verfassung garantiert Menschenrechte, politische und zivile Rechte. In diesem Sinne werden humanitäre oder sonstige Normen aus ratifizierten internationalen Konventionen in die kubanische Verfassung übernommen.

### **Kostenlose Grundversorgung garantiert**

Des Weiteren geht es um eine kostenlose Erziehung vom Kindergarten bis zur Universität; um die kostenlose medizinische Versorgung; um das Recht auf Sozialschutz für alle, die aus Altersgründen, wegen Mutter- oder Vaterschaft, Invalidität oder Krankheit nicht arbeiten können. Die Arbeitszeit basiert auf der Acht-Stunden-Regelung, mit freiem Wochenende und Urlaubsgeld. Ausnahmen müssen gesetzlich abgesichert sein.

Die Bürger haben ein Recht auf Trinkwasserversorgung und Ernährungssicherheit; der Staat ist zum Umweltschutz verpflichtet.

Die Verwaltung soll dezentralisiert werden, wobei man nun Berufsbeamten den Vorzug gibt, die nach ihrer technischen Qualifikation ausgewählt werden sollen. Nur noch politische Aufgaben bieten wählbare und abwählbare Stellen. In den Verwaltungsbezirken werden die Wahlperioden von zweieinhalb auf fünf Jahre hinaufgesetzt.

**Die kubanische Bevölkerung im In- und Ausland hat nicht nur die Möglichkeit, sondern sie nutzen sie auch in vorbildlicher Weise, sich an der Volksbefragung zur Reform der neuen Verfassung Kubas aktiv zu beteiligen**